



„Aktionsprogramm Kindertagespflege“ – Leitlinien zur Säule 1–

1. Zielsetzung, Zielgruppen und Schwerpunkte des Programms	2
1.1 Ausgangslage des Programms	2
1.2 Zielsetzung und Adressaten	2
1.3 Schwerpunkte der Förderung	3
2. Rechtsgrundlage und sonstige Zuwendungsbestimmungen	3
2.1 Rechtsgrundlage	3
2.2 Sonstige Zuwendungsbestimmungen	3
3. Voraussetzungen, Art, Umfang und Höhe der Förderung	5
3.1 Zuwendungsempfänger	5
3.2 Zuwendungsvoraussetzungen	5
3.3 Art, Umfang und Höhe der Förderung	5
4. Antrags- und Bewilligungsverfahren	6
5. Programmumsetzung	7
6. Aufgaben der Koordinierungsstelle	7

1. Zielsetzung, Zielgruppen und Schwerpunkte des Programms

1.1 Ausgangslage des Programms

Bund, Länder und Gemeinden haben sich darauf verständigt, bis 2013 für bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Etwa 30 Prozent der Angebote sollen in Form von Kindertagespflege verfügbar gemacht werden. Der Anteil der Kindertagespflege an der Betreuung liegt bislang bei zwölf Prozent. Die Kindertagespflege stellt sich als besonders flexible Form der Kinderbetreuung dar, die dem Wunsch der Eltern nach einer familiennahen Betreuung in besonderer Form entgegenkommt. Der Ausbau der Kindertagespflege trägt damit entscheidend zu einer gleichberechtigten Teilhabe beider Elternteile insbesondere aber von Frauen am Arbeitsmarkt bei. Gleichzeitig kommt der Ausbau der Kindertagespflege als wichtiger Baustein frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung den Kindern zugute. Die Kindertagespflege wird damit perspektivisch qualitativ gleichrangig zur Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder.

Dafür muss das Berufsbild der Tagesmütter und -väter weiterentwickelt werden. Kindertagespflege soll mittelfristig eine anerkannte und angemessen vergütete erzieherische Erwerbstätigkeit werden. Mit dem Aktionsprogramm Kindertagespflege, das am 15. Oktober 2008 starten wird, sollen in enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen die Qualität der Kindertagespflege gesichert und verbessert, das Personalangebot für die Tagespflege erweitert, die Infrastruktur der Kindertagespflege ausgebaut und verbessert und die Rolle der Eltern durch Optimierung des Vermittlungsprozesses gestärkt werden.

1.2 Ziele und Adressaten des Programms

Das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ begleitet den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung. Das Programm leistet damit zugleich einen Beitrag zur Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ der Bundesregierung. Eine gezielte Förderung der Kindertagespflege ist eine wesentliche Voraussetzung, um die frühkindlichen Förderung zu verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Zugleich soll potentiellen Tagespflegepersonen ein Anreiz gegeben werden, sich für diesen Beruf zu entscheiden und zu qualifizieren. Das Aktionsprogramm folgt damit den beschäftigungspolitischen Zielvorgaben der Europäischen Union. Um die in der Tagespflege benötigten zusätzlichen mindestens 30.000 Fachkräfte zu gewinnen, wird das Programm in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Neue Tagespflegeplätze sollen durch Gewinnung neuer geeigneter Personen sowie die Erhöhung der Kinderzahl bei bereits tätigen Tagespflegepersonen geschaffen werden. Hierfür sind innovative Strategien zu erproben, die einschlägige Kooperationspartner zur Erschließung neuer Zielgruppen einbinden sowie Anreize für bereits aktive Tagespflegepersonen schaffen, mehr Kinder aufzunehmen. Als neue Zielgruppen sind geeignete Berufseinsteiger/-innen mit pädagogischer Ausbildung, arbeitssuchende Erzieher/-innen bzw. Kinderpfleger/innen und andere pädagogische Fachkräfte sowie Berufsrückkehrer/-innen zu avisieren. Die Voraussetzung der Eignung ergibt sich aus den beiliegenden Kriterien.

1.3 Schwerpunkte der Förderung

Zur Gewinnung, Qualifizierung und Vermittlung von Tagespflegepersonen werden über die Säule 1 des Aktionsprogramms bundesweit 200 Modellstandorte eingerichtet. Aufgabe ist weiterhin der qualitative Auf- und Ausbau einer lokalen Infrastruktur zur fachlichen Begleitung. Modellstandorte müssen nicht zwangsläufig in solchen Kommunen angesiedelt sein, die alle Fragen rund um die Kindertagespflege bereits perfekt gelöst haben. Im Gegenteil: gefragt sind Konzepte gerade solcher Kommunen, die noch einen hohen Bedarf an Tagespflegepersonen und Interesse an einer Weiterentwicklung der Kindertagespflege haben. Als Modelle für Steuerung, Koordinierung und Vernetzung vor Ort sollen sie die strukturellen Voraussetzungen für den lokalen Ausbau der Kindertagespflege schaffen und die damit verbundenen arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen umsetzen. Ihre Aufgabe ist die Entwicklung eines lokalen, arbeitsmarktpolitischen Gesamtkonzepts zur Gewinnung und Vermittlung des für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagespflege im Fördergebiet erforderlichen Personals. Grund- und Weiterqualifizierung des gewonnenen Personals sind ebenso notwendige Bestandteile des Konzepts wie eine bedarfsgerechte und niederschwellige Vermittlung. Die Qualifizierung hat unter Berücksichtigung des DJI-Curriculums (160 Stunden) oder vergleichbarer Curricula zu erfolgen. Die Vergleichbarkeit ist vom Antragssteller dazulegen. Die Finanzierung dieser Grundqualifizierungskurse ist jedoch lediglich über Säule 2 des Aktionsprogramms, nicht aber über Säule 1 möglich. Auch die Betreuung der Kinder selbst ist nicht Gegenstand der Förderung, da diese zu den Pflichtaufgaben der Kommunen zählt und deshalb nicht mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert werden darf. Hierzu zählen auch Sockelbeträge, durch die die Betreuung der Kinder, z. B. durch Springer- oder Vertretungskräfte, sichergestellt werden soll.

Unterstützt wird der Aufbau der Modellstandorte durch ein Online-Portal zur Information, Vernetzung und Qualifizierung, das ebenfalls Teil des „Aktionsprogramms Kindertagespflege“ ist. Anfang 2009 wird ein weiterer Baustein zur bundesweiten Qualifizierung der Tagespflege initiiert.

2. Rechtsgrundlage und sonstige Zuwendungsbestimmungen

2.1 Rechtsgrundlage

Vorhaben können nach Maßgabe dieser Richtlinie sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (VV) zu §§ 23, 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) durch Zuwendungen gefördert werden. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Der Zuwendungsgeber entscheidet auf Grund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Die finanzielle Beteiligung des Europäischen Sozialfonds erfolgt auf der Grundlage der Verordnungen (EG) Nr. 1081 und 1083/2006 sowie der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 in Zusammenhang mit dem Operationellen Programm des Bundes 2007 -2013, Prioritätenachsen C 1 und C2, Code 69 (Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, z.B. durch Verbesserung der Qualifikationen der Beschäftigten im Tagespflegebereich).

2.2 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Bestandteil eines Zuwendungsbescheides werden die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK). Abweichend von den in ANBest-GK genannten Zeiträumen sind die jährlichen Zwischennachweise sowie der Verwendungsnachweis innerhalb von zwei Monaten nach Jahresende bzw. nach Auslaufen des Vorhabens beim Projektträger vorzulegen.

Die Auszahlung der Fördermittel kann im Voraus im Turnus von zweimonatlichen Mittelanforderungen erfolgen. Hierfür müssen ab der zweiten Mittelanforderung die Ausgaben und Einnahmen der jeweils letzten zwei Monate durch eine Aufstellung der Einnahmen- und Ausgabenbelege (Belegliste) nachgewiesen werden. Einzelheiten werden im Zuwendungsbescheid geregelt.

Die Zuwendungsempfänger verpflichten sich zu folgenden Transferleistungen: sie

- Stellen ggf. Informationen für eine zentrale Internetplattform zur Verfügung;
- nehmen an dem programmweiten Erfahrungsaustausch in Form von Beratungstreffen, Fachtagungen und -konferenzen teil;
- beteiligen sich aktiv an Erhebungen der wissenschaftlichen Programmbegleitung;
- gewährleisten eine regelmäßige qualitative und quantitative Zusammenfassung der Ergebnisse ihrer Arbeit;
- halten die Datenschutzbestimmungen ein.

Aufgrund der ESF-Kofinanzierung finden des Weiteren die einschlägigen ESF-Bestimmungen Anwendung. Die Zuwendungsfähigkeit von Ausgaben richtet sich grundsätzlich nach der Verordnung (EG) 1081/2006 vom 5. Juli 2006. Zuwendungsfähig sind Personal- und Sachausgaben wie z.B. Honorare, Miete und Nebenkosten.

Anschaffungskosten für Ausrüstungsgegenstände sind über Abschreibungen zuwendungsfähig. Gegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von bis zu 150 € sind voll zuwendungsfähig. Für Gegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten über 150 € können nur Abschreibungen für die Dauer des Projektes geltend gemacht werden. Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 150 €, aber nicht 1.000 € übersteigen, werden in einem Sammelposten linear über fünf Jahre hinweg abgeschrieben. Für Gegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten über 1.000 € richtet sich der Abschreibungssatz nach der amtlichen AfA-Tabelle des Bundesfinanzministeriums.

Nicht förderfähig sind insbesondere Gebühren des allgemeinen Bankgeschäftes, Kapitalkosten, Investitionen abschreibungsfähiger Wirtschaftsgüter/Ausrüstungen/Gebäude, Ausgaben für Baumaßnahmen, Kautionen, Rückstellungen, Gesellschaftseinlagen, Provisionen, nicht projektbezogene Kosten, vorsteuerabzugsfähige Mehrwertsteuer.

Die Einzelheiten der zuwendungsfähigen Ausgaben einschließlich der Kofinanzierungsregeln werden gesondert erläutert.

Die Zuwendungsempfänger verpflichten sich, in geeigneter Form auf die Förderung durch den ESF und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hinzuweisen. Ferner nehmen die Zuwendungsempfänger am ESF-Stammblattverfahren teil. Für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit stellt die ESF-Regie-stelle Material wie Aufkleber, Flyer und Vorlagen für Pressemitteilungen bereit.

Die Zuwendungsempfänger erklären sich damit einverstanden, dass entsprechende Daten (Begünstigter, Bezeichnung des Vorhabens und des Betrages der für die Vorhaben bereitgestellten öffentlichen Beteiligung) in ein der Öffentlichkeit zugängliches Verzeichnis aller durch den ESF Geförderten aufgenommen werden.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die §§ 23, 44 BHO, die hierzu erlassenen allgemeinen Verwaltungsvorschriften sowie die §§ 48 bis 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes, soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen sind.

Der Bundesrechnungshof ist gemäß den §§ 91, 100 BHO zur Prüfung berechtigt, ebenso Organe der Europäischen Kommission, des Europäischen Rechnungshofes sowie die Prüfbehörde für ESF-kofinanzierte Vorhaben und die von ihr beauftragten Stellen.

3. Voraussetzungen, Art, Umfang und Höhe der Förderung

3.1 Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt für das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ auf Grundlage dieser Leitlinie sind örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die mit Blick auf den erforderlichen Praxisbezug auch mit anderen Partnern, z.B. einer Kindertageseinrichtung, einem Tagespflegeverein oder einem Mehrgenerationenhaus eng kooperieren müssen. In begründeten Einzelfällen können die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für mehr als einen Standort ihr Interesse bekunden.

3.2 Zuwendungsvoraussetzungen

Für eine Förderung im Rahmen des Programms ist erforderlich, dass die Kofinanzierung des Vorhabens gesichert ist.

Wird mit der Bundesagentur für Arbeit kooperiert, was angestrebt werden sollte, ist die Bereitschaft zur Kooperation durch eine Kooperationszusage nachzuweisen. Vor der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen sollen die Verfahrensschritte zur Eignungsabklärung festgelegt werden. Die grundsätzliche Eignung sollte vor Beginn der Qualifizierungsmaßnahme durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe festgestellt werden.

Die Kofinanzierungs- und Kooperationszusagen sind erst im Antragsverfahren beizubringen. Vor der Bewilligung darf nicht mit dem Vorhaben begonnen worden sein. Die Kofinanzierungs- und Kooperationszusagen sind jährlich für das Folgejahr zu aktualisieren.

3.3 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Für das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ werden in der Gesamtlaufzeit von 2009 bis 2012 Fördermittel in Höhe von 20 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) über das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel verteilen sich zu ca. 80% auf das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ und zu 20% auf das Ziel „Konvergenz“.

Die Zuwendungen werden im Rahmen der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse in Form der Fehlbedarfsfinanzierung gewährt. Bemessungsgrundlage sind die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Als nationale Kofinanzierung zur ESF-Förderung durch den Bund sind im Zielgebiet „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ mindestens 40% der Gesamtausgaben und im Zielgebiet „Konvergenz“ mindestens 25% Prozent der Gesamtausgaben beizusteuern.

Der Eigenanteil der Antragsteller kann grundsätzlich auch durch andere öffentliche Mittel (z.B. gemeindliche Mittel, Landesmittel) erbracht werden, sofern diese Mittel nicht dem Europäischen Sozialfonds oder anderen EU-Fonds entstammen.

Für jeden Modellstandort steht ein Förderhöchstbetrag von insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung. Die Laufzeit der Förderung beträgt in der Regel zwei Jahre, in begründeten Ausnahmefällen kann der Förderzeitraum um ein Jahr verlängert werden. Der Förderhöchstbetrag kann durch eine Verlängerung nicht erhöht werden.

Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Ausreichung der Bundesmittel erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel.

Eine Weiterleitung von Zuwendungen an Dritte gem. §§ 23/44 BHO und Nr. 6.6 ANBest-P ist möglich, sofern dies im Antragsverfahren detailliert dargestellt wurde. Alternativ können auch Teilprojekte nach öffentlichem Vergaberecht ausgeschrieben werden

4. Antrags- und Bewilligungsverfahren

Für die Auswahl der Projekte ist ein zweistufiges Verfahren in Form eines Interessenbekundungs- und Antragsverfahrens vorgesehen.

Im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens können ab dem 15. April 2009 bis zum 15. Mai 2009 Projektvorschläge an die

ESF-Regiestelle
Servicestelle „Aktionsprogramm Kindertagespflege“
Büro gsub
Oranienburgerstraße 65
10117 Berlin

eingereicht werden.

Die Interessenbekundung ist elektronisch unter

interessenbekundung@esf-regiestelle.eu **und**

in schriftlicher Form zu übermitteln. Für die fristgemäße, schriftliche, rechtsverbindlich unterschriebene Interessenbekundung ist das Absendedatum maßgeblich.

Die Formblätter mit Erläuterungen für die Projektvorschläge stehen im Internet unter www.esf-regiestelle.eu zur Verfügung.

Die Bewertung der Projektvorschläge erfolgt durch die ESF-Regiestelle, die Förderentscheidung durch das BMFSFJ am 15. Juni 2009. Anschließend werden die Bewerber/-innen über das Auswahlergebnis informiert.

Im Rahmen des Antragsverfahrens werden die Träger der ausgewählten Projekte ebenfalls am 15. Juni von der ESF-Regiestelle aufgefordert, innerhalb einer sechswöchigen Frist einen formellen Antrag auf Förderung vorzulegen. Die Anträge

werden anschließend von der ESF-Regiestelle in der Zeit vom 01. August bis zum 31. August 2009 geprüft und durch die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub mbH) ab dem 01. September 2009 beschieden.

Projektvorschläge im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens und Anträge auf Förderung an die ESF-Regiestelle müssen grundsätzlich Aussagen zu folgenden Punkten enthalten:

- Allgemeine Informationen zum Antragsteller/ zur Antragstellerin
- Situations- und Bedarfsanalyse der Kindertagespflege im Wirkungsfeld
- Spezifische Zielsetzungen bzgl. der Tätigkeit als Tagespflegeperson
- Übergreifende Zielsetzungen zur gesamten Weiterentwicklung des Kindertagespflegesystems im Wirkungsfeld
- Entwicklungsplan
- Ausgaben- und Finanzierungsplan.

Im Rahmen der Antragstellung ist zusätzlich eine selbstverpflichtende Absichtserklärung der relevanten Kooperationspartner vor Ort einzubringen.

5. Programmumsetzung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) steuert das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“. Das BMFSFJ hat das Deutsche Jugendinstitut (DJI) mit der wissenschaftlichen Begleitung des Programms beauftragt. Mit der Koordinierung und fördertechnischen Umsetzung des Programms hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die ESF-Regiestelle beauftragt.

Der Kontakt zur Servicestelle „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ der ESF-Regiestelle kann aufgenommen werden über

- das Kontaktformular auf der Internetseite www.esf-regiestelle.eu oder
- eine direkte E-Mail an kindertagespflege@esf-regiestelle.eu

Dort können Auskünfte zu Fragen der Projektförderung eingeholt werden. Auf der Internetseite der ESF-Regiestelle finden sich alle weiterführenden Informationen, Richtlinien, Merkblätter und Nebenbestimmungen.

6. Aufgaben der Modellstandorte

Die Schaffung neuer Tagespflegeplätze durch Gewinnung neuer geeigneter Personen sowie die Erhöhung der Kinderzahl bei bereits tätigen Tagespflegepersonen ist eine zentrale Aufgabe der Modellstandorte. Hierfür sind innovative Strategien zu erproben, die einschlägige Kooperationspartner zur Erschließung neuer Zielgruppen einbinden sowie Anreize für bereits aktive Tagespflegepersonen schaffen, mehr Kinder aufzunehmen. Als neue Zielgruppen sind in erster Linie Berufseinsteiger/-innen mit pädagogischer Ausbildung, arbeitssuchende Erzieher/-innen bzw. Kinderpfleger/-innen und andere pädagogische Fachkräfte sowie Berufsrückkehrer/-innen mit anderweitiger Ausbildung zu avisieren. Unabhängig von der persönlichen Vorqualifikation müssen alle Bewerberinnen und Bewerber einen Kurs wahrnehmen, dem das DJI-Curriculum oder vergleichbare Curricula zugrunde liegen (160 Stunden), sowie eine Bereitschaft zur Weiterbildung mitbringen. Die Vergleichbarkeit

der Curricula ist vom Antragssteller dazulegen. Bereits tätige Tagespflegepersonen, die den fachlich akzeptierten Mindeststandard von 160h noch nicht erfüllen, sollen in einem angemessenen Zeitraum auf dieses Qualifikationsniveau hin nachqualifiziert werden. Dafür sind entsprechende Angebote sowie Anreize zu schaffen. Zuständig für die Qualifizierungsanforderungen und die der Eignungsfeststellung der Bewerberinnen/Bewerber ist der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt die Qualifizierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Insbesondere auf die Eignung der Personen ist zu achten. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben diese anhand einer Eignungsfeststellung zu überprüfen. Bei der Entscheidung über die Aufnahme neuer Tagespflegepersonen in den Bewerberkreis ist auch die vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe beauftragten Vermittlungsstelle (z.B. Tagespflegebörsen) beratend mit einzubeziehen, um die Vermittlungsfähigkeit vorab sicher zu stellen. Bewerberinnen und Bewerber sind in Form einer fachlichen Beratung bei Ihrer Entscheidungsfindung zu begleiten.

Die Bewerberinnen und Bewerber, die bereits die Grundqualifizierung erlangt haben, stehen dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Vermittlung zur Verfügung. Bei Interesse der Eltern sollen die Kooperationspartner Beratungsgespräche mit diesen und den Tagesmüttern/-vätern organisieren, um die Vorstellungen und Wünsche abzugleichen, damit aus der Vermittlung passgenaue und kontinuierliche Betreuungsverhältnisse entstehen können.

Neben der Qualifizierung ist eine zentrale Voraussetzung für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Kindertagespflege der Aufbau bzw. die Weiterentwicklung der lokalen Infrastruktur zur fachlichen Begleitung der Tagespflegepersonen sowie interessierter Eltern.

Darüber hinaus werden im „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ Qualifizierungsmodule entwickelt, die vor Ort angewandt werden sollen. Die Modellstandorte erklären sich bereit, sich an der Entwicklung und Anwendung dieser Qualifikationsmodule zu beteiligen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind ausreichende Personalkapazitäten vorzuhalten. Die Modellstandorte sind aufgerufen, für die genannten Aufgabenbereiche integrierte Modelle zu entwickeln. Die Instrumente, die durch das Aktionsprogramm zur Verfügung gestellt werden, wie Leitfäden und Handreichungen, sollen hierfür genutzt werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit im Einzugsgebiet der Träger sollte mit geeigneten Maßnahmen gemeinsam mit der Agentur für Arbeit durchgeführt werden.

Die ESF-Regiestelle führt regelmäßig Beratungstreffen durch. Sie dienen dem Erfahrungsaustausch zwischen den Projekten. Die Teilnahme der Träger an diesen Veranstaltungen ist verbindlich.

Dem Team des Deutschen Jugendinstituts (DJI) ist bei Bedarf regelmäßig Auskunft zu erteilen. Ihm sind alle angefertigten Materialien zur Verfügung zu stellen.